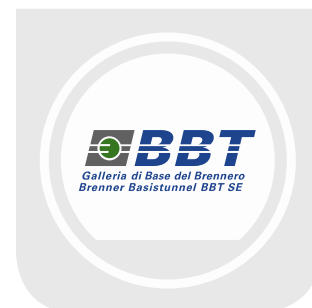


Ausbau Eisenbahnachse München-Verona
BRENNER BASISTUNNEL

Potenziamento asse ferroviario Monaco-Verona
GALLERIA DI BASE DEL BRENNERO



AP209 – BAULOS “MAULS 2-3”

VERTRAGSENTWURF

ANHANG 5 – ENTWURF OPERATIVES PROTOKOLL FÜR DIE FINANZIELLE
ÜBERWACHUNG

AP209 – LOTTO “MULES 2-3”

SCHEMA DI CONTRATTO

APPENDICE 5 – SCHEMA PROTOCOLLO OPERATIVO PER IL MONITORAGGIO
FINANZIARIO



Mit Beteiligung der Europäischen Union aus dem Haushalt
der Transeuropäischen Verkehrsnetze finanziertes Vorhaben

*Opera finanziata con la partecipazione dell'Unione Europea
attraverso il bilancio delle reti di trasporto transeuropee*

GALLERIA DI BASE DEL BRENNERO - BRENNER BASISTUNNEL BBT SE

Piazza Stazione 1 • I-39100 Bolzano
Tel.: +39 0471 0622-10 • Fax: +39 0471 0622-11
Part. IVA IT02431150214 • Registro delle Imprese Bolzano 02431150214
Cap. sociale / Ges.-Kap. € 10.240.000 v.e. / i.v

Amraser Str. 8 • A-6020 Innsbruck
Tel.: +43 512 4030 • Fax: +43 512 4030-110
UID Nr.: ATU 61270868 • FN 367729d • Landesgericht Innsbruck • DVR Nr.: 1034707
E-mail: bbt@bbt-se.com • www.bbt-se.com

INNENMINISTERIUM
Koordinationskomitee für die Bauleitung von Großbauvorhaben
BETRIEBSPROTOKOLL FÜR DIE FINANZÜBERWACHUNG DES PROJEKTES

.....

(CUP)

Zwischen:

..... (**Anmerkung 1**), vertreten durch, der das vorliegende Protokoll als (**Anmerkung 2**) unterzeichnet;

..... (**Anmerkung 3**), vertreten durch, Herrn

Vorausgesetzt:

- dass Artikel 36 des Gesetzes-Dekrets Nr. 90 vom 24. Juni 2014, umgewandelt in das Gesetz Nr. 114 vom 11. August 2014, bestimmt hat, dass, für Bauvorhaben nach Teil II, Titel III, Kapitel IV des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 163 vom 12. April 2006 in geltender Fassung, die von Art. 176 desselben Dekrets vorgesehene Kontrolle der Zahlungsströme, nach den vom CIPE-Beschluss Nr. 45 vom 5. Mai 2011 ausgemachten, auch informatischen, Modalitäten und Verfahren zu geschehen hat, und festgesetzt hat, dass für bereits abgeschlossene Verträge die Angleichung an die oben genannten Angaben innerhalb von sechs Monaten ab Inkrafttreten desselben Dekrets auszuführen ist, und das Komitee angewiesen hat, die Modalitäten der Ausübung des Finanzüberwachungssystems mit gemäß dem oben genannten Art. 176 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 163/2006 gefasstem Beschluss zu aktualisieren;
- dass CIPE in der Sitzung vom auf Vorschlag des CCASGO mit gemäß Absatz 3 des erwähnten Art. 36 des Gesetzes-Dekrets Nr. 90/2014 gefasstem Beschluss Richtlinien verabschiedet hat, die geeignet sind, die mit Beschluss Nr. 45/2011 geregelten Modalitäten der Finanzüberwachung zu aktualisieren und deren Durchführungsdauer festzusetzen, und dabei:
 - mittels Erstellung eines Betriebsprotokollprototyps die Pflichten, die die an der Realisierung der betreffenden strategischen Infrastruktur beteiligten Unternehmen auf sich nehmen müssen, zu identifizieren;
 - die Informationen einzuholen, die die Finanzvermittler zu übermitteln verpflichtet sind, mit Verweis auf das «Monitoraggio finanziario su rete CBI: i nuovi servizi CBI a supporto del monitoraggio finanziario» (Finanzüberwachung im CBI-Netz: die neuen CBI Dienstleistungen, die die Finanzüberwachung unterstützen) genannte Arbeitsblatt, das in dem dafür bestimmten Bereich des CBI-Portals www.cbi-org.eu veröffentlicht und zusammen mit den Rundschreiben, die dieses Thema betreffen, seit 2009 als Auflage an die Konsortiumsmitglieder verbreitet wird (**Anmerkung 4**);
 - vorzusehen, dass die vom CBI als Informationsterminal des eigenen Kreises angegebene Behörde die Übermittlung der oben genannten Informationen an die Datenbank Überwachung von Großbauvorhaben (im Folgenden GbV-Datenbank) vornimmt (**Anmerkung 4**);

- bei der Abteilung zur Wirtschaftsplanung und Koordinierung vom Ministerratspräsidium (DIPE) eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Informationsflüsse überwacht, und die aus Vertretern desselben DIPE, des Kriminalamts zur Bekämpfung der Mafia (DIA), des technischen Sekretariats des CCASGO, des ABI, des Konsortiums CBI und der Informatikverwalter der Datenbank besteht;
- vorzusehen, dass das DIPE, das die Aufgabe hat, die GbV-Datenbank zu verwalten und zu pflegen, die als Webseite mit beschränktem Zugang gestaltet ist - die Informationen aus besagter Datenbank dem Innenministerium, der CCASGO und der D.I.A. und – sofern es in deren Zuständigkeit fällt – den gemäß Ministerialdekret vom 14. März 2003 gebildeten Gruppen der Streitkräfte, dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Generalunternehmer oder dem Konzessionären zugänglich zu machen (**Anmerkung 5**);
- dass (**Anmerkung 6**) (Im Folgenden «Vorhaben») Teil des vom CIPE mit Beschluss Nr. 121 vom 21. Dezember 2001 verabschiedeten 1. Programms der strategischen Infrastrukturen ist;
- dass der Vorentwurf des Vorhabens vom CIPE mit Beschluss Nr. vom genehmigt worden ist (Amtsblatt Nr. .../.....) und dass der endgültige Entwurf mit Beschluss Nr. vom genehmigt worden ist (Amtsblatt Nr. .../.....) (**Anmerkung 7**) (**Anmerkung 8**),

all das vorausgesetzt vereinbaren die unterzeichnenden Vertragsparteien wie folgt

Vereinbarung:

Art. 1.

Prämisse:

Die Prämisse ist fester Bestandteil des vorliegenden Protokolls.

Art. 2.

Eigens eingerichtete Konten

1. Zur Überwachung der das Vorhaben betreffenden Finanzflüsse müssen die teilnehmenden Unternehmen, wie im nachfolgenden Absatz 3 beschrieben, ein oder mehrere Bank- oder Postkonten nutzen, die bei den gemäß Art. 11, Absatz 1, Buchstaben a) und b) des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 231 vom 21. November 2007 zugelassenen Vermittlern eröffnet wurden, und die eigens für das Vorhaben eingerichtet wurden, unter Angabe des zuständigen CUP, dem/denen die Einnahmen gutgeschrieben und von dem/denen alle Zahlungen, die im Zusammenhang mit der Durchführung des Vorhabens stehen, abgebucht werden.
2. Die teilnehmenden Unternehmen verpflichten sich, das eigens eingerichtete Konto/die eigens eingerichteten Konten innerhalb von sieben Tagen ab dem Abschluss des eigenen Vertrags einzurichten, allenfalls bevor jegliche Finanztransaktion, die das Vorhaben betrifft, durchgeführt wird (**Anmerkung 9**), oder aber bis zum demselben Termin eventuell bestehende Konten in Konten umzuwandeln, die ausschließlich dem Vorhaben gewidmet sind, und dem öffentlichen Auftraggeber (**Anmerkung 10**), für die anschließende Weiterleitung an das DIPE, die IBAN des Kontos und die Stammdaten der für den Umgang mit dem Konto bevollmächtigten Person zu übermitteln, bevor Zahlungen auf diesem Konto empfangen oder getätigt werden können. Die oben genannten Unternehmen verpflichten sich, das eigens eingerichtete Konto nur nach entsprechender Mitteilung an die verantwortliche Person beim zuständigen Amt der Ausführenden

zu wechseln, unter Angabe der neuen IBAN und des Datums der Aktivierung des neuen und der Deaktivierung des vorherigen Kontos, die das DIPE informieren wird.

3. Zum Zweck des vorliegenden Protokolls versteht sich unter «teilnehmende Unternehmen» der Kreis aller Rechtssubjekte, die, aus welchem Grund auch immer - auch mit Geschäftsbeziehungen, die sich von denen des Auftrags oder des Unterauftrags unterscheiden, unabhängig von ihrer Stellung im Bereich der Unternehmensorganisation - in den Planungs- und Durchführungszyklus des Vorhabens eingreifen. Teilnehmende Unternehmen sind neben dem Generalunternehmer oder dem nicht öffentlichen Konzessionären, der Auftragnehmer und alle Unternehmen, die Unterverträge, die durch direkte oder indirekte funktionelle Abhängigkeit an den Hauptvertrag gebunden sind, unterzeichnen, auch wenn diese Nebenaktivitäten betreffen: Zum Beispiel sind unter «teilnehmenden» Unternehmen solche zu verstehen, die vom Gegenstand von Unterverträgen betroffen sind, wie solche, die Vermietungen und Lieferungen von Gütern und Leistungen betreffen, die unmittelbar zu der Durchführung des Vorhabens gehören, eingeschlossen solcher intellektueller Natur, wie Beratungs- Ingenieurs- oder Architektenleistungen - die nicht unter die allgemeinen Leistungen fallen, wie nachfolgend beschrieben, wie hoch auch immer die Vertragssumme der jeweiligen Verträge oder Unterverträge ist. Dazu gehören auch konzerninterne beauftragte Gesellschaften des Konzessionärs. Unter die teilnehmenden Unternehmen fallen also auch solche, die Produkte und Dienstleistungen für das betreffende Vorhaben liefern: zum Beispiel Maschinen, Ausrüstung, Instrumentierung oder Baustellentätigkeiten. Indes fallen unter die teilnehmenden Unternehmen nicht der Lieferant, von dem ein teilnehmendes Unternehmen für das eigene Lager einkauft, also allgemeine Gebrauchsgüter kauft, die nicht eigens für die Durchführung des Vorhabens hergestellt werden, oder von dem es Dienstleistungen, auch intellektueller, «allgemeiner» Art erwirbt: In diesen Fällen zahlt der Kunde vom eigenen eigens eingerichteten Konto auf das Konto des Lieferanten, das nicht eigens eingerichtet wurde. Aufgrund der Verwundbarkeit der entsprechenden Lieferungen fällt unter die teilnehmenden Unternehmen wer «empfindliche» Produkte oder Dienstleistungen liefert (zum Beispiel: Lieferungen von Gesteinskörnung, Beton oder anderen Baumaterialien, Versorgungen aus Steinbrüchen, Entsorgung und Transport von Abfällen) und sind somit Gegenstand von Finanzüberwachung. Selbstverständlich fällt die ausschreibende öffentliche Verwaltung nicht unter die teilnehmenden Unternehmen. Sie ist jedoch verpflichtet, dem CUP alle Zahlungsanweisungen zugunsten des ersten Wirtschaftsteilnehmers unter den teilnehmenden Unternehmen anzubringen, sodass das DIPE die betreffenden Informationen auch mittels des Systems SIOPE (**Anmerkung 11**) einholen kann. Eventuelle operative Unsicherheiten über die Zugehörigkeit einzelner Unternehmen zu den teilnehmenden Unternehmen können, auch auf elektronischem Wege, der in der DIPE gemäß der Prämisse eingerichteten Arbeitsgruppe aufgezeigt werden.
4. Die Bewegungen der eigens eingerichteten Konten dürfen ausschließlich über Bank- oder Postbanküberweisungen im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (nachfolgend SEPA) getätigt werden (abgesehen von den in den nachfolgenden Absätzen 6) und 7) beschriebenen Ausnahmen).
5. Die von den Unternehmen getätigten Zahlungen für Angestellte, Berater, Lieferanten von Gütern oder Dienstleistungen, die zu den allgemeinen Ausgaben gehören (ausgenommen der in den nachfolgenden Punkten 6 und 7 beschriebenen Zahlungen), für den Erwerb technischer immaterieller Vermögensgegenstände und für ausdrücklich ausgemachte und genehmigte GbV-Verwendungszwecke (Siehe Tabelle A der Anlage 1), müssen über eigens eingerichteten Konten getätigt werden, bezüglich jedes spezifischen Verwendungszwecks, für die Gesamtsumme, auch wenn diese nicht ausschließlich auf die Durchführung des spezifischen Eingriffs zurückzuführen ist.

6. Für Zahlungen zugunsten von Versicherungsträgern und Körperschaften der Sozial- und Rentenversicherung, sowie für die Zahlung von Abgaben und Steuern, Versicherungen und Bürgschaften, können die in Absatz 1 genannten Rechtssubjekte auch von der SEPA-Überweisung abweichende Systeme nutzen, solange sie zugunsten eigens eingerichteter Konten getätigt werden und ihre Nachverfolgbarkeit gewährleistet ist, unbeschadet der Verpflichtung zur Ausgabendokumentation.
7. Für kleinere tägliche Ausgaben im Zusammenhang mit der detaillierten Funktionsfähigkeit der Baustellen, bei der jede einzelne Summe die fünfhundert Euro nicht übersteigt, beziehungsweise insgesamt die dreitausend Euro im Quartal pro teilnehmenden Unternehmer nicht übersteigt, können die in Absatz 1 genannten Unternehmen auch von der SEPA-Überweisung abweichende Zahlungssysteme nutzen, unbeschadet der Nutzung eigens eingerichteter Konten, des Verbots der Nutzung von Bargeld sowie der Verpflichtung zur Ausgabendokumentation: Genauer versteht man unter «kleinere tägliche Ausgaben» nicht nur Ausgaben von geringer Höhe, sondern auch solche, die unvorhersehbaren Bedürfnissen geschuldet sind, wobei diejenigen für normale Lieferungen ausgeschlossen sind, die vom Unternehmen geplant werden müssen. Die eventuelle Einrichtung eines Kassenbestandes für die alltäglichen Ausgaben, vorbehaltlich der Rechenschaftspflicht, muss über SEPA-Überweisung geleistet werden, über Bank oder Postbank, zugunsten eines oder mehrerer Angestellten: Der anzugebende Verwendungszweck ist A10 «Einrichtung von Kassenbeständen für kleinere Baustellenausgaben».
8. Abgesehen von Zahlungen für die Ausführung des Eingriffs darf das eigens eingerichtete Konto nur bewegt werden:
 - mit Girokonten/Geldtransfer für die Abbuchung von Bankgebühren, die die Haltung und Verwaltung desselben Kontos betreffen, für Bewegungen des Cash-Poolings, sofern diese ausreichend belegt sind;
 - für die Abbuchung von SDD (Sepa Direct Debt), Effekten und ähnliche, die zumindest mit dem Eingriff verbunden sind, für die Einnahme von Rechnungsabschlägen und der Kreditfakturierung und der Zahlung der dazugehörigen Ausgaben.

Art. 3. Schadloserklärung

1. Die in Art. 2, Absatz 1 genannten Unternehmen sind ferner verpflichtet, die Finanzvermittler, bei denen sie ihre eigens eingerichteten Konten eröffnet haben, mittels eigener «Schadloserklärung» zu bevollmächtigen, der DIPE (**Anmerkung 4**) Folgendes zu übermitteln:
 - a) Die Informationen über durch SEPA-Überweisung getätigte Abbuchungen von eigens eingerichteten Konten: Für jede Transaktion müssen «pro Ereignis», neben dem belasteten eigens eingerichteten Konto und dem Besteller, das Datum, der dem Ereignis zugeordneten CUP (Einheitlicher Projektcode), die Summe, das begünstigte Rechtssubjekt mit zugehöriger Steuernummer oder Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und die dazugehörige Bankverbindung (IBAN oder BIC), sowie der GbV-Verwendungszweck (ermittelt durch den in Anlage 1 des vorliegenden Aktes spezifizierten Codes) angegeben werden. Insbesondere muss sich auf jeder Überweisung die Zeichenkette //MIP/CUP/Verwendungszweck GbV/IBAN des belasteten Kontos befinden, die Folgendes anzeigt:
 - Den CUP des Eingriffs, den GbV-Verwendungszweck (siehe Anlage 1) die IBAN des belasteten Kontos;

- b) Die täglichen Kontoauszüge bezüglich besagter Konten, aus denen sich auch die Gutschriften erkennen lassen, die von nicht eigens eingerichteten Konten stammen, und die Zahlungen von besagten eigens eingerichteten Konten an nicht eigens eingerichtete Konten.
- 2. Die «Schadloserklärung» muss innerhalb der im vorangegangenen Punkt 2.2 beschriebenen Frist, und auf jeden Fall bevor weitere Transaktionen auf dem Konto getätigt werden, verschickt werden. In den darauffolgenden fünf Tagen informiert das Unternehmen die verantwortliche Person beim zuständigen Amt der Ausführenden hinsichtlich des Versands der besagten Erklärung, indem es auch den Versandtag angibt.

Art. 4. Datenzuführungsverfahren

- 1. Die in Art. 2, Absatz 1 genannten Unternehmen teilen dem öffentlichen Auftraggeber (**Anmerkung 10**) die persönlichen Kennungsdaten gemäß Anlage 2 mit, oder die fehlenden Angaben, falls die Registrierung der Ausführenden gemäß Legalitätsprotokoll bereits erfolgt ist. Die verantwortliche Person beim oben genannten zuständigen Amt teilt seinerseits alle Daten gemäß der genannten Anlage 2 an das DIPE mit. Die oben beschriebenen Unternehmen verpflichten sich ferner, die verantwortliche Person beim zuständigen Amt der Ausführenden rechtzeitig über jegliche Veränderung der oben genannten Daten zu informieren und auch das Unternehmen, mit dem sie den Vertrag abgeschlossen haben, auf diese Veränderungen hinzuweisen. Die verantwortliche Person beim zuständigen Amt der Ausführenden teilt wiederum dem DIPE diese Daten mit.
- 2. Der öffentliche Auftraggeber (**Anmerkung 1**) wird das DIPE rechtzeitig bezüglich der Zahlungsanweisungen, die es ausgibt, hinweisen, und dabei CUP, Datum, Name und IBAN der begünstigten Gesellschaft / des begünstigten Unternehmens und die Summe angeben. Es wird ferner dem DIPE die erfolgte Zahlung mitteilen.

Art. 5. Weitere Verpflichtungen des Zuschlagsempfängers

- 1. Das zuschlagsempfangene Unternehmen verpflichtet sich, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit alle an der Durchführung des Vorhabens teilnehmenden Rechtssubjekte sich an die Pflichten des vorliegenden Protokolls angleichen.
- 2. Insbesondere setzt sich das zuschlagsempfangene Unternehmen dafür ein, dass alle «teilnehmenden» Rechtssubjekte eine Kopie des vorliegenden Protokolls unterzeichnen, als Zeichen vollkommener Annahme der darin enthaltenen Klausel, und bemüht sich, in den Unterverträgen und in den Verträgen mit den Lieferanten (**Anmerkung 12**) gleichartige Klauseln aufzunehmen, einschließlich der Klausel, mit der sich Untervertragsnehmer und Lieferanten verpflichten, wiederum dieselben Klauseln in den von Ihnen abgeschlossenen Verträgen aufzunehmen.
- 3. Die Verträge, die jedwedes wie oben beschrieben teilnehmendes Unternehmen betreffen, die besagte Klausel nicht beinhalten, sind ohne gesonderte Erklärung nichtig, bei ausschließlicher Verantwortungsübernahme seitens des Unternehmens, das besagte Verträge mit dem Untervertragsnehmer oder dem Lieferanten abgeschlossen hat.

Art. 6. Sanktionen

1. Vorbehaltlich der Anwendung des in Art. 6 des Gesetzes Nr. 136/2010 beschriebenen Sanktionssystems sind die unten angegebenen Sanktionen vorgesehen, um die verbindliche Durchführung der Finanzüberwachung zu fördern. Im Falle von Zahlungen gegenüber Dritte ohne die Hinzuziehung der in Art. 11, Absatz 1. Buchstaben a) und b) des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 231 vom 21 November 2007 beschriebenen Finanzvermittler, und vorbehaltlich der Anwendung der Sanktion gemäß Art. 6, Absatz 1 des Gesetzes Nr. 136/2010 in geltender Fassung, wird eine Vertragsstrafe in Höhe von fünf Prozent der Transaktion als pauschaler Schadenersatz erhoben, vorbehaltlich des höheren Schadens. Außerdem werden die folgenden unkooperativen Verhalten bewertet:
 - a) Gründe für die Vertragsauflösung, da maßgebend für die spezielle Form der finanziellen Nachverfolgung, und Gegenstand der Anwendung einer Vertragsstrafe in Höhe von 5 % des Vertragswerts als pauschaler Schadenersatz und vorbehaltlich des höheren Schadens: Der fehlende Erwerb der Verfügbarkeit des eigens für das Vorhaben vorgesehenen Kontos oder der eigens für das Vorhaben vorgesehenen Konten innerhalb eines Monats nach Ablauf der in Art. 2, Punkt 2 beschriebenen Frist, oder der nicht erfolgte Versand der «Schadloserklärung» innerhalb derselben Frist; die Nichtnutzung der SEPA-Überweisung in den vorgesehenen Fällen; die Veranlassung von Zahlungen durch SEPA-Überweisungen ohne die Nutzung des eigens dafür vorgesehenen Kontos;
 - b) der fehlende Erwerb der Verfügbarkeit des eigens für das Vorhaben vorgesehenen Kontos oder der eigens für das Vorhaben vorgesehenen Konten oder der nicht erfolgte Versand der «Schadloserklärung» im Zeitraum vom Ablauf der in Art. 2.2 beschriebenen Frist und der von dem vorangegangenen Buchstaben a) vorgesehenen Frist führt zur Anwendung einer festen Vertragsstrafe in Höhe von Euro fünfhundert;
 - c) die fehlende Beschreibung der Pflichtinformationen auf der SEPA-Überweisung führt zu einer festen Vertragsstrafe in Höhe von Euro fünfhundert für jede Transaktion;
 - d) der nichterfolgte Versand an die verantwortliche Person beim zuständigen Amt der Ausführenden von Angaben, der die Finanzüberwachung nicht möglich macht, führt zur Anwendung einer festen Vertragsstrafe von Euro eintausend;
 - e) die Mitteilung nicht exakter Daten, wenn dies nicht auf einen entschuldbaren Fehler zurückzuführen ist, führt zur Anwendung, zulasten der nichterfüllenden Vertragspartei, einer festen Vertragsstrafe in Höhe von fünf Prozent der restlichen Vertragswerts, für den Teil des Vertrags, für den keine vorsorglichen Mitteilungen erstattet worden sind;
 - f) jede weitere Nichterfüllung der vom vorliegenden Protokoll vorgesehenen Pflichten führt zur Anwendung einer festen Vertragsstrafe in Höhe von Euro fünfhundert für jede Transaktion. Die oben beschriebenen Zuwiderhandlungen, wenn diese mehr als zweimal wiederholt werden, führen - nach erfolgter Abmahnung seitens des öffentlichen Auftraggebers (**Anmerkung 1**), den Vorschriften des vorliegenden Protokolls innerhalb der folgenden dreißig Tagen zu folgen, zur Vertragsauflösung. Auch in diesem Fall wird mit der Vertragsauflösung die Anwendung einer Vertragsstrafe in Höhe des restlichen Vertragswerts als pauschaler Schadenersatz und vorbehaltlich des höheren Schadens angewandt. Im Vertrag zur Vergabe des Vorhabens und in den Unterverträgen muss eine ausdrückliche Kündigungsklausel aufgenommen werden, um die von den Absätzen 3 Buchstaben a) und 4 des vorliegenden Punktes vorgesehenen Tatbestände zu sanktionieren. Die fehlende Aufnahme der besagten Klausel führt zur Nichtigkeit des Aktes.

2. Das ausschreibende Rechtssubjekt (**Anmerkung 1**) stellt dem Rechtssubjekt, das die ausdrückliche Kündigungsklausel beansprucht hat, in den Grenzen der getragenen Kosten für den Austausch der vertraglichen Gegenpartei, die gemäß 2. Absatz, Buchstaben a) des 3. Absatzes und 4. Absatzes vom Punkt 6.1. angewandten Vertragsstrafen zur Verfügung. Der übrige Teil der besagten Vertragsstrafen und die gemäß den anderen Buchstaben des besagten Punktes 6.1. angewandten Vertragsstrafen werden genutzt, um die Sicherheit des Vorhabens zu erhöhen, und für die Kosten der Überwachungsaktivitäten aufzukommen, nach einem Programm, das der öffentliche Auftraggeber, nachdem er den Generalunternehmer oder den Konzessionären (**Anmerkung 5**) gehört hat, der Arbeitsgruppe zur Genehmigung vorlegt, und worin die vorgesehenen Maßnahmen, die dafür anfallenden Kosten und die angewandten Kriterien für die Errechnung dieser Kosten genau beschrieben werden. Nach dem technisch-administrativen Testlauf des Vorhabens legt der öffentliche Auftraggeber (**Anmerkung 1**) der Arbeitsgruppe Rechenschaft über die Nutzung der genannten Summen ab. Der eventuelle Rest wird dem gemäß Art. 36, Absatz 5 des erwähnten Gesetzes-Dekrets Nr. 90/2014 geschaffenen Bilanzkapitel des Ministerratspräsidiums überwiesen.

Art. 7.

Das Sanktionsverfahren

Die Vertragspartei in bonis die, auch auf Meldung hin, erfährt, dass die Gegenpartei sich einer der oben beschriebenen Zuwiderhandlungen schuldig gemacht hat, muss dies umgehend dem öffentlichen Auftraggeber, dem Generalunternehmer oder Konzessionären, der Kriminalamt zur Bekämpfung der [Mafia](#) für die im Zuständigkeitsbereich liegenden Untersuchungsaspekte, sowie dem eigenen Rechtsvorgänger mitteilen.

Der öffentliche Auftraggeber schickt eine formelle Anfechtung an den als Urheber der Zuwiderhandlung angesehenen Vertragspartner, indem er diesem eine Frist von nicht mehr als dreißig Tagen für die Formulierung der Gegenausführungen stellt.

Eventuell vorhandene Rechtfertigungsgründe des nichterfüllenden Vertragspartners werden von dem besagten öffentlichen Auftraggeber geprüft, der, nachdem die Vertreter des Zuschlagsempfängers gehört wurden, festlegt, ob die Voraussetzungen für die Anwendung der betreffenden Vertragsstrafe gegeben sind, und teilt der Vertragspartei in bonis, seinen Rechtsnachfolgern und dem Kriminalamt zur Bekämpfung der [Mafia](#) seine Entscheidung mit.

Wenn die zu verhängende Sanktion die von den Buchstaben b) bis f) des vorangegangenen Punktes 6.1. beschriebene Vertragsstrafe ist, behält der öffentliche Auftraggeber den betreffenden Betrag auf den ersten auf die Beendigung der Sachverhaltsermittlung folgenden SAL ein. Der Generalunternehmer oder der Konzessionär, wiederum, behält die Summe der Vertragsstrafe von der dem Auftragnehmer, der der Hauptvertreter dieses Bereiches der teilnehmenden Unternehmen, dem das nichterfüllende Unternehmen zugehört, geschuldeten Vergütung ein, und so weiter, bis die besagte Summe zulasten des benannten nichterfüllenden Unternehmens geht.

Die Summe der Vertragsstrafen bleibt somit dem öffentlichen Auftraggeber zur Verfügung, dem diese zur Aufbewahrung übergeben ist, und der sie auf einem eigenes Konto ruhen lässt, und sie einer getrennten Buchführung unterzieht.

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, zu jedem Zeitpunkt des Fortgangs der Arbeiten in einer eigens dafür vorgesehenen, Anmerkungen vorbehaltenen Zusammenstellung innerhalb der Zahlungsnachweise, die angewandten Vertragsstrafen im Zeitraum des selben SAL anzugeben und muss innerhalb des

Finanzrahmens des Vorhabens die nach und nach gemäß den vorangegangenen Absätzen angewandten Vertragsstrafen verdeutlichen.

Wenn die zu verhängende Sanktion die Vertragsauflösung gemäß dem 2. Absatz, Buchstaben a) des 3. oder des 4. Absatzes vom Punkt 6.1 ist, und wenn der öffentliche Auftraggeber, nach der Abwicklung der im 2. Absatz dieses Punktes beschriebenen Verfahren, die Voraussetzungen für die Vertragsauflösung als gegeben ansieht, erfolgt diese Auflösung automatisch mittels Aktivierung der ausdrücklichen Kündigungsklausel seitens des Vertragspartners in bonis, nach Mitteilung der von dem öffentlichen Auftraggeber getroffenen Entscheidung, neben dem Vertragspartner in bonis, an den Generalunternehmer oder Konzessionären, das Kriminalamt zur Bekämpfung der [Mafia](#) mit Einschreiben mit Rückschein (**Anmerkung 13**).

Art. 8. Aufsicht

Der öffentliche Auftraggeber (**Anmerkung 1**) beaufsichtigt die Durchführung des vorliegenden Protokolls, und teilt der CCASGO und der Arbeitsgruppe aufgetretene Fälle von Zuwiderhandlung mit, und ist für die Genauigkeit der an das DIPE übermittelten Daten bezüglich der teilnehmenden Unternehmen verantwortlich.

Art. 9. Wirksamkeit und Dauer des Protokolls

Die Anordnungen des vorliegenden Protokolls werden ab dem Tag der Unterzeichnung desselben angewandt und für die gesamte Dauer der Durchführung des Vorhabens, bis zur endgültigen Abnahme.

Datum und Unterschriften

ANMERKUNGEN

1. Angabe der Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, oder - gemäß Punkt C 1.1 des Beschlusses entsprechend Art. 36, Absatz 3 des Gesetzes-Dekrets Nr. 90/2014 - des Konzessionären, wenn es sich um einen öffentlich-rechtlichen handelt.
2. Angabe des innerhalb des Unternehmens bekleideten Amtes.
3. Angabe der Benennung des Zuschlagsempfängers.
4. Falls das Unternehmen das eigens dafür vorgesehene Konto bei Finanzvermittlern eröffnet, die nicht zum Konsortium CBI gehören, wird er seine Wahl der Arbeitsgruppe mitteilen, die ihm die nötigen Anweisungen geben wird.
5. Ist die Durchführung des Vorhabens weder dem Generalunternehmer noch einem Konzessionären anvertraut, der nicht in den Sachverhalt gemäß Anmerkung 1 fällt, gelten die Verweise als auf den Auftragnehmer bezogen.
6. Genaue Angabe des Eingriffs, der Gegenstand des Protokolls ist, und Angabe des betreffenden CUP, sowie eventuelle Eingliederung in durch verschiedene CUP gekennzeichnete Parzellen.
7. Den Teil, der nicht zutreffend ist, durchstreichen und eventuelle CIPE-Beschlüsse benennen, die andere Aspekte wie die teilweise Finanzierung des Vorhabens betreffen.
8. Bei Protokollen, die mit Hinblick auf Verträge abgeschlossen wurden, die vor Inkrafttreten des Gesetzes-Dekrets Nr. 90/2014 unterzeichnet wurden, in der Prämisse einfügen:
 - a. dass (siehe vorangegangene Anmerkung 3) Zuschlagsempfänger der Ausschreibung zur Durchführung und Leitung des oben genannten Vorhabens auf Grundlage der am ausgerufenen Ausschreibung ist, und den betreffenden Vertrag am unterzeichnet hat;
 - b. dass an diesem Tag zwischen der Präfektur von, und dem Zuschlagsempfänger ein vom erwähnten Art. 176 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 163/2006 in geltender Fassung vorgesehenes Legalitätsprotokoll abgeschlossen worden ist (wenn dieser Abschluss erfolgt ist).
9. Bei Protokollen, die Verträge gemäß der vorangegangenen Anmerkung 8 betreffen vorsehen, dass die Eröffnung des Kontos/der Konten oder die Umwandlung von vorhandenen Konten in eigens für das Vorhaben eingerichtete Konten betreffende innerhalb von dreißig Tagen nach Abschluss des Protokolls erfolgen muss (was gemäß der transitorischen Regelung der Leitlinien, die gemäß Absatz 3 des Art. 36 des Gesetzes-Dekrets Nr. 90/2014 genehmigt worden sind, innerhalb von sechzig Tagen nach Veröffentlichung der Ausschreibung desselben Beschlusses geschehen muss) und allenfalls bevor weitere Finanzströme nach besagtem Abschluss getätigt werden.
10. Statt des öffentlichen Auftraggebers den Generalunternehmer oder den Konzessionären benennen, wenn dieser gemäß Beschluss Nr. 58/2011 von der verantwortlichen Person beim zuständigen Amt der Ausführenden ermächtigt ist: Im Folgenden bezieht sich der Entwurf auf das «von der verantwortlichen Person beim zuständigen Amt der Ausführenden übergeordnete Rechtssubjekt» gesprochen.
11. Den Teil in kursiv streichen, wenn der öffentliche Auftraggeber keine öffentliche Verwaltung ist.
12. In den in der vorangegangenen Anmerkung 8 genannten Protokollen bei Art. 5, Absatz 2, Reihe 4, nach den Worten «in den Unterverträgen und in den Verträgen mit den Lieferanten» «auch in laufenden und noch aktiven Verträgen» hinzufügen .
13. Sollte der Sachverhalt aus Anmerkung 1 bestehen, werden die Funktionen des öffentlichen Auftraggebers vom öffentlich-rechtlichen Konzessionären ausgeführt, während - in Abwesenheit der Figur des Generalunternehmers und des Konzessionären gemäß der vorangegangenen Anmerkung - werden die ihnen zugetragenen Mitteilungen vom Auftragnehmer getätigt. Sollte der Eingriff allein

mittels der Projektfinanzierung getätigt werden, ohne irgendeine Art des öffentlichen Beitrags, auch nicht mittels Verleihung von «Steuererleichterungen» oder die Anerkennung von «Steuer Guthaben», werden die Erfüllungen des öffentlichen Auftraggebers bezüglich der Bewertung der mit Vertragsstrafen zu ahndenden Zuwiderhandlungen und die Anwendung derselben Vertragsstrafen, gemäß dem im Prototypen des Protokolls beschriebenen Verfahren, vom Zuschlagsempfänger ausgeführt, der sich um die Überweisung der betreffenden Summen auf das eigene Konto kümmert, und es Gegenstand separater Buchhaltung macht und sie gemäß den Anweisungen des Prototyps bestimmt.

INNENMINISTERIUM

Koordinationskomitee für die Bauleitung von Großbauvorhaben

BETRIEBSPROTOKOLL

TECHNISCHE ANLAGEN

Anlage 1

Tabelle der GvB-Verwendungszwecke, die bei SEPA-Überweisungen zu nutzen sind.

Tafel 1: Zahlungen zugunsten nicht eigens eingerichteter Konten

Code	Verwendungszweck
1A	Löhne (Dienstbezüge für Manager und Angestellte)
1B	Arbeitskraft (Dienstbezüge für Arbeiter)
1C	Dezentrale Mitarbeiter
1D	Allgemeine Ausgaben (Büromaterialien, Fotokopien, Abonnements, Werbung, Nutzungsgebühren und Mietkosten)
1E	Immaterielle Vermögensgegenstände (Ertragsquellen, abschreibungsfähig zur Zeit des Erwerbs)
1F	Allgemeine Beratung (rechtliche, technische, Verwaltungsberatung, Steuerberatung)
1G	Leiter und Lieferanten öffentlicher Dienstleistungen
1H	Enteignungen (Entschädigungszahlungen)
1M	Konten und Geldtransfers
1N	Einrichtung von Kassenbeständen für kleinere tägliche Baustellenausgaben
1O	Zahlungen für Störungen
1P	Factoring und Abtretung von Krediten (*)

Tafel 2: Zahlungen zugunsten eigens eingerichteter Konten

Code	Verwendungszweck
2A	Auftraggeber (Auftragnehmer und Unterauftragnehmer)
2B	Beauftragung von Arbeiten
2C	Grabung und Erdbewegung
2D	Entsorgung von Erde
2E	Entsorgung von Abfällen
2F	Ingenieursleistungen, Architektenleistungen und andere spezifischen Leistungen, die ausschließlich dem beaufsichtigten Vorhaben gewidmet sind.
2G	Maschinenmiete ohne Maschinenführer
2H	Maschinenmiete mit Maschinenführer
2M	Eisenlieferungen
2N	Lieferungen von Beton/Zement
2O	Lieferungen von Gesteinskörnung (Schotter, Sand, allgemeines Baustellenmaterial)
2P	Andere spezifischen Lieferungen, die ausschließlich dem beaufsichtigten Vorhaben gewidmet sind.
2R	Transport (alle)
2S	Wachdienste
2T	Baustellenkantine
2U	Baustellensäuberung
2 V	Weitere Baustellenausgaben für unvorhersehbare Bedürfnisse

(*) Die Zahlung des Unternehmens «Kunde» an die factor Gesellschaft oder an das Kreditinstitut erfolgt auf nicht eigens eingerichtete Konten; die Zahlung der factor Gesellschaft und des Kreditinstituts an das Unternehmen «Lieferantin» erfolgt auf eigens eingerichtete Konten.

NOTE

14. Inserire gli estremi della stazione appaltante o - ai sensi del punto C 1.1 della delibera ex art. 36, comma 3, del decreto-legge n. 90/2014 - della concessionaria, se a totale partecipazione pubblica.
15. Indicare la carica rivestita nell'ambito dell'impresa.
16. Inserire la denominazione del soggetto aggiudicatario.
17. Nell'eventualità che l'impresa accenda il conto dedicato presso intermediari bancari non aderenti al consorzio CBI segnalerà la sua scelta al gruppo di lavoro, che provvederà a fornire le istruzioni necessarie.
18. Se la realizzazione dell'opera non è affidata a contraente generale né a concessionario non rientrante nella fattispecie di cui alla nota 1, i richiami sono da considerare riferiti all'appaltatore.
19. Specificare l'intervento oggetto del protocollo ed indicare il relativo CUP, nonché l'eventuale articolazione in lotti contrassegnati da CUP diversi.
20. Depennare la parte che non interessa e citare eventuali delibere CIPE concernenti altri aspetti quale il parziale finanziamento dell'opera.
21. Nei protocolli stipulati con riferimento a contratti sottoscritti anteriormente alla data di entrata in vigore del decreto-legge n. 90/2014 inserire, nelle premesse:
 - c. che (vedi precedente nota 3) è risultato aggiudicatario della gara per la realizzazione e gestione della suddetta opera sulla base di gara indetta il ed ha sottoscritto il relativo contratto in data
 - d. che in data tra la prefettura di, e l'aggiudicatario è stato stipulato il protocollo di legalità previsto dal menzionato art. 176 del decreto legislativo n. 163/2006 e successive modificazioni ed integrazioni (se tale stipula è intervenuta).
22. Nei protocolli concernenti i contratti di cui alla precedente nota 8 prevedere che l'apertura del conto/dei conti dedicati o la conversione dei conti esistenti in conti dedicati in via esclusiva all'opera debba avvenire entro trenta giorni dalla stipula del protocollo (che dovrà intervenire, ai sensi della disciplina transitoria di cui alle linee guida approvate ai sensi del comma 3 dell'art. 36 del decreto-legge n. 90/2014, entro sessanta giorni dalla pubblicazione della delibera stessa) e comunque prima che vengano effettuate ulteriori movimentazioni finanziarie dopo detta stipula.
23. Citare, in luogo della stazione appaltante, il contraente generale o il concessionario, se abilitato alla tenuta dell'anagrafe degli esecutori ai sensi della delibera n. 58/2011: di seguito, nello schema si fa riferimento al «soggetto preposto alla tenuta dell'anagrafe degli esecutori.